

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 848 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zum Wahlausgang in Schles-
wig-Holstein: Der Sieg im
Norden ermutigt den Süden.
Seite 1

Freimut Duve MdB zum
Wahlerfolg von François Mit-
terrand: Ein Hoffnungszel-
chen für Europa.
Seite 2

Horst Peter MdB und **Nor-
bert Sprafke** zum Umgang
der Union mit der Rede des
Bundespräsidenten zum 8.
Mai: Die Erinnerung paßt
nicht in das Konzept.
Seite 3

Reinhold Kopp zur Ausein-
andersetzung um die Rund-
funkgebühren: Die Pro-
grammqualität darf nicht
Schaden nehmen.
Seite 5

Annemarie Ranger MdB zum
50. Geburtstag von Martin
Ehmer: Den Arbeiter-Sama-
riter-Bund zu einem wichti-
gen Faktor in der freien
Wohlfahrtspflege gemacht.
Seite 6

43. Jahrgang / 88

9. Mai 1988

Der Sieg im Norden ermutigt den Süden

Zum Wahlausgang in Schleswig-Holstein

Von **Dr. Rudolf Schöfberger** MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Der Durchbruch im Norden ist ermutigend und Ansporn für die SPD im Süden. Wir nehmen mit großer Genugtuung zur Kenntnis, daß die 38jährige Herrschaft der CDU gebrochen ist.

Fest steht nach dieser Wahl: Auch ohne die Borschel-Affäre hätte die SPD den Wechsel in Schleswig-Holstein geschafft. CDU und CSU haben derart an Attraktivität verloren, daß die Wählerinnen und Wähler sich umorientieren. Der Regierungswechsel in den Ländern wird zu einem normalen Vorgang. Mit zeitlicher Verzögerung wird dies auch die CSU in Bayern treffen. Wir Sozialdemokraten in Bayern haben zwar noch einen langen Weg vor uns, aber wir wissen, daß der Wechsel in Bayern nicht nur wichtig und notwendig ist, sondern auch als realistische Vision die Politik der bayerischen SPD in den nächsten zehn Jahren bestimmen wird.

Die verkrustete „Feudal-Partei“ CSU wird zusehends anachronistischer. Sie schafft den Generationenwechsel nicht und bleibt auf den wichtigen Feldern der Politik wie Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Ausstieg aus der Kernenergie, Steuerreform und Neuordnung des Gesundheitswesens zu Lasten der breiten Schichten der Bevölkerung unbeweglich. Dies wird den Erosionsprozeß der CSU beschleunigen.

Das Ergebnis in Schleswig-Holstein setzt dem in den letzten Jahren von der CSU entwickelten Doppelspiel in München gegen die Politik der Bundesregierung protestieren, aber in Bonn brav mitstimmen - ein Ende. Die bayerische Staatsregierung kann in Zukunft bereits durch Stimmenthaltung im Bundesrat ihr nicht genehme Gesetzesvorhaben zu Fall bringen. Wir Sozialdemokraten in Bayern werden die Politik der CSU-Staatsregierung im Bundesrat genau beobachten und ihr jede Doppelzüngigkeit präzise nachweisen.

(./9.5.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisfreie Gruppe
von Leinwand- und
Kunststoff-Papier



Ein Hoffnungszeichen für Europa

Zum Wahlerfolg von Francois Mitterrand

Von Freimut Duve MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Frankreich der SPD-Bundestagsfraktion

Der überzeugende Erfolg von Francois Mitterrand gegenüber Jacques Chirac ist eine Beruhigung für uns Deutsche in der Bundesrepublik und ein Hoffnungszeichen für Europa. Das sensationelle Ergebnis der „Front national“ im ersten Wahlgang ist aber damit nicht aus der Welt. Der Le Pen-Schock darf sich nicht wiederholen. Wenn im wichtigsten europäischen Staat sich der neue Rechtsradikalismus in allen Städten und Gemeinden bei über zehn Prozent festgebissen hat, dann liegt hier eine vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre.

Wir Sozialdemokraten versprechen uns von dem großartigen Wahlsieg Mitterrands einen offeneren und intensiveren Dialog in Fragen der Abrüstung, der Rolle der Nuklearwaffen in Europa, aber auch der gemeinsamen Weltraumforschung.

Mit der angekündigten Ernennung Rocard zum Ministerpräsidenten würde ein Mann der europäischen Sozialdemokratie und ein enger Freund der SPD die französische Regierung führen. Das Gespann Mitterrand/Rocard, jahrelang in der Vergangenheit eher als Konkurrenten gesehen, könnte heute eine Garantie für die Architektur eines sozialen und gerechten Europas sein.

Wir wissen, daß wir bei unserem Konzept der ökologischen Modernisierung der europäischen Industriegesellschaft in Rocard einen aufmerksamen Gesprächspartner haben. Mehr und mehr hat sich auch in Frankreich die Erkenntnis durchgesetzt: Vorausschauende Umweltpolitik ist Industriepolitik, schafft und sichert die Arbeitsplätze von morgen. Firmen und Staatsführungen, die sich Umweltinvestitionen um der Tagesvorteile willen widersetzen, haben im künftigen Wettbewerb keine Chance.

Mit Mitterrand und Rocard ist die Gefahr, daß der gemeinsame Binnenmarkt 1992 zu einer sozial- und umweltpolitischen Nivellierung nach unten führen kann, wesentlich geringer geworden, als wir bei einem Sieg der Rechten hätten befürchten müssen.

Wir Sozialdemokraten werden unsere Kontakte und unsere Diskussionen mit unserer französischen Schwesterpartei intensivieren. Wir müssen den Kampf gegen Rechtsradikalismus und Rassismus zu einer gemeinsamen Aufgabe der demokratischen Linken Europas machen. (-/9.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Ein Buch zu Weizsäckers großer Rede

Die Handreichung eines Oldenburger Verlags stieß bei der CDU auf Ablehnung

Von Horst Peter MdB und Norbert Sprafke

Die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker am 8. Mai 1985 gehört nach Ansicht von Ernst Benda „zu den bedeutendsten Ereignissen in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie ist bewegend in dem Sinne, daß von ihr Wirkungen ausgehen, die für die deutsche Politik wichtig sind. Sie sollte daher nicht einfach gelobt und dann vergessen werden“. Sie hat gewirkt und wirkt noch heute. Unzählige Redebeiträge, Kommentare und Briefe an das Bundespräsidialamt bezeugen Ihre Langzeitwirkung. Der Redetext wurde in etwa zwei Millionen Exemplaren publiziert. Er ist in 15 Sprachen übersetzt worden.

Bewegend und bewegt ist auch die Geschichte des Versuchs, der Forderung Bendas und der Empfehlung Heinrich Bölls, den Text der Rede in Schulbücher aufzunehmen, nachzukommen. Die Schwäche des republikanischen Gedächtnisses in diesem Land fördert die geistig-moralische Wende, die nur stark ist im Produzieren kleiner und großer Skandale. Mit der Bundesregierung denvert das Land vor sich hin und so wuchs auch der genannte Versuch zu einem moralisch-geistigen Skandal der CDU auf, weil, wie die „Nürnberger Nachrichten“ schon 1985 richtig erkannten, Weizsäcker Positionen bezogen hatte, „die in den politischen Reihen, aus denen er kommt, nicht nur auf Zustimmung stoßen dürften“. Weizsäcker ist ja auch inzwischen bei CSU und Stahlhelm auf tiefe Abneigung gestoßen.

Weizsäcker hatte mit seiner Rede zum 40. Jahrestag der militärischen Niederwerfung des deutschen Faschismus versucht, „einige schlimme Begriffsverwirrungen“ („Frankfurter Rundschau“) auszuräumen, „dem deutschen Volk die Ehre wiederzugeben und die Erinnerung an die Scham zu bewahren“ („Stuttgarter Zeitung“), es war „in einer Zeit dumpfer populistischer Politik ein unerwartetes Geschenk“ („Badische Zeitung“), indem sich „die Deutschen wiedererkennen können“, sofern sie überhaupt den Willen haben, sich und ihre Geschichte zu erkennen“ („Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“). Eine Rede, die versöhnen sollte und doch auch spaltete, wie die langjährige Geschichte der Bemühungen, diese Rede für die Schule zugänglich zu machen, beweist.

Etablierte Verlage scheuten das Risiko mit der Begründung, die Rede passe nicht in die Lehrpläne der Oberstufenschule. Einem noch völlig unbekanntem kleinen Verlag in Oldenburg blieb es vorbehalten, zusammen mit den Kasseler Historikern Rolf Grix und Wilhelm Knöll die Rede für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger und Schülerinnen und Schüler im Wahlalter in einer Weise zu publizieren, die neugierig macht. Gerade darin besteht wohl das Ärgernis: Satz für Satz der Rede wird mit Material belegt. Es ist der Materialband zur Rede.

In 18 Kapitel aufgeteilt wird der Text der Rede wie ein Band jeweils auf dem oberen Teil der 240 Seiten in größeren Lettern gedruckt. Darunter finden sich ergänzende und kontrastierende Informationen, Fotos, Schaubilder, die zum „Erinnern, Verstehen und Weiterdenken“, so die erklärte Absicht der Autoren, herausfordern.

Es mag zutreffen, daß dieses Buch nicht als konventionelles Schulbuch klassifiziert werden darf. Es ist wohl mehr ein Buch für mündige und nachdenkliche Bürger, die sich bemühen, den tieferen Sinngehalt der sehr präzise formulierten Rede aufzuspüren. Überzeugend wirkt vor allem die Vielfalt der Materialien. Zutreffend ist auch die im Vorwort von den Verfassern postulierte „kritische Akzeptanz“ der Rede, die die Rede dort verschärft, wo die Rede selbst Lücken läßt. Auf sehr dezente Weise machen die Autoren mit ihren Kommentaren zum Beispiel darauf aufmerksam, daß zwar die Erwähnung der Frauen als Opfer ein positives Signal setzt, daß aber verglichen mit anderen Stellen der Rede Aussagen zu dieser Problematik etwas fad wirken. In diesem Kontext erscheinen die frauenfeindlichen und rassistischen Wahnvorstellungen der völkischen Antisemiten im gleißenden Licht. Jene Redeteile, die sich mit dem Selbstverständnis der Bundesrepublik befassen, werden mit teils zustimmenden, teils relativierenden Texten und Fakten kommentiert.

Zentrale Bedeutung haben die klärenden Texte zur Schuldfrage, zur Verantwortung der Alten und der Jungen, nachwachsenden Generation. Autoren sehr unterschiedlicher Provinienz kommen zu Wort: Jünger, Thomas Mann, Le Bon, Aristoteles, Wolfgang Mommsen, Hillgruber, Abendroth, Schelsky, Grosser, Goebbels. Jedoch gerade diese Fülle des Materials, seine leserfreundlich aufbereiteten Texte, die den Demokraten in diesem Lande als Vorzüge erscheinen, erkennt der „Stahlhelm“ als Problem, weil alles, was dem republikanischen Gedächtnis als Stütze dienen kann und stärkt, dem postfaschistischen Mitläufertum, Versöhnung a la Bitburg und der Relativierung der deutschen Geschichte und des Faschismus quer kommt, stört.

Der Verlag wagte das Risiko der Produktion dieses Buches, weil der sozialdemokratische hessische Kultusminister Schneider durch eine bindende Zusage einer Garantieabnahme von 800 Exemplaren den Grundstock für die Finanzierung gelegt hatte. Nach der Wende erkannte der neue CDU-Kultusminister Wagner die Brisanz des Buches, das Material, das es zu diesem Komplex gibt und viele Bibliotheken füllt, für den Leser zugänglich auf 240 Seiten präsentiert. Für die hessische CDU, die längst den rechten Rand der Union markiert, ein Ärgernis.

Der „Spiegel“ kolportierte, daß Wagner die Mittel für den Ankauf des Buches blockierte. Begründung: „Die Rede liegt nicht auf der Linie des Ministers.“ Drei Monate später stieg die „Bild“-Zeitung ein. Graf Nayhauf am 27. Januar 1988: „Das Lehrbuch wird nicht nur auf Sympathie stoßen. Hessens Kultusminister Wagner (CDU) stoppte die Bestellung. Interne Begründung: ‚Die Rede liegt nicht auf der Linie des Ministers.‘“ Dieser letzte Absatz eines fünfspaltigen Artikels über das Rede-Buch fehlte in der Ausgabe Frankfurt. Am 28. Januar 1988 mußte Nayhauf richtigstellen: „Gestern schrieb ich: Hessens Kultusminister Wagner stoppte ein Lehrbuch über die 8. Mai-Rede des Bundespräsidenten. Darauf ein Anruf: ‚Alles Quatsch. Die Beamten wußten nur nicht, wie man 800 Exemplare auf 2.000 Schulen verteilt.‘ Komisch, die bezahlten Bücher liegen noch beim Verlag.“

Druck machte dann auch die SPD-Landtagsfraktion. Die Landesregierung wurde aufgefordert, Mittel für den Ankauf weiterer Exemplare in ausreichendem Umfang bereitzustellen, weil der Rede und dem Buch eine weitere Verbreitung zu wünschen sei.

Bibliographische Angaben: Rolf Grix/Wilhelm Knöll: Die Rede zum 8. Mai 1945 - Texte zum Erinnern, Verstehen und Weiterdenken. Ateles Verlag Oldenburg 1987.

(-/9.5.1988/va-he/rs)

* * *

Die Qualität des Rundfunks darf nicht Schaden nehmen

Gebühren müssen angemessenes Programmniveau ermöglichen

Von Staatssekretär Reinhold Kopp
Chef der Staatskanzlei des Saarlandes

Die Tradition des europäischen Rundfunks beinhaltet den kulturellen Auftrag von Hörfunk und Fernsehen. Informations-, Kultur- und Bildungssendungen prägen neben Unterhaltung ein Programm-niveau, das sich immer noch wohltuend vom amerikanischen Fernsehen abhebt.

Selbst private Rundfunkveranstalter sollen nach dem Medienstaatsvertrag vom 3. April 1987 mit einem angemessenen Anteil an Information, Kultur und Bildung beitragen und dabei einen wesentlichen Anteil an Eigen- und Auftragsproduktionen aus dem deutschsprachigen und europäischen Raum enthalten.

Die öffentlich-rechtlichen Programme haben nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerich-tes den klassischen Auftrag eines pluralistischen „public-service“-Rundfunks mit „integrativer Aufgabe für das Staatsganze“. Der Kulturauftrag umfaßt nicht nur die kulturellen Programmleistungen, sondern reicht von Beiträgen zum Föderalismus im europäischen Wettbewerb bis hin zur Beteiligung an der regionalen kulturellen Infrastruktur.

Die von der Union derzeit äußerst restriktiv geführten Verhandlungen zur Gebührenerhöhung ab dem 1. Januar 1989 beinhalten die Gefahr, daß der Rang des deutschen Rundfunks in Europa und der Welt Schaden nimmt.

Eine angemessene Gebührenerhöhung muß anspruchsvolle Fernseh- und Filmproduktionen ermögli-chen, die nun einmal um ein Vielfaches teurer sind als Importe aus dem amerikanischen Supermarkt. Auch ein Europäisches Kulturprogramm, das nach dem Willen der Ministerpräsidenten entstehen soll, gibt es nicht zum Nulltarif. Die Stabilisierung der inländischen Fernseh- und Filmproduktion, liegt - wie schon RTL-Chef Grass betont hat - auch im Interesse der privaten Veranstalter, die wegen des Zwangs zur Massenattraktivität dafür kaum Geld ausgeben können. Frankreich und Spanien schreiben sogar verbindlich (bis 60 Prozent) eine Eigenproduktionsquote vor. Die SPD-geführten Länder verlangen daher einen Aufschlag von 40 Pfennig zur KEF-Empfehlung von zwei DM.

Auch die zum dritten Mal von der KEF angemahnte strukturelle Verbesserung des Finanzausgleichs für die kleinen Anstalten SFB, RB und SR und die Entlastung des WDR verlangt ebenfalls einen Aufschlag von mindestens 40 Pfennig.

Eine Gebührenerhöhung von 2,80 DM wäre ebenso notwendig wie vertretbar. Eine Anhebung von 4,6 Prozent nach einer Laufzeit von fünfeinhalb Jahren ist auch für die Bürgerinnen und Bürger er-träglich. Sie befreit freilich die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht von der Verpflichtung, sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und ungerechtfertigte Vorteile abzubauen.

(-/9.5.1988/vo-ha/rs)

Ein Glückwunsch an Martin Ehmer

Der Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes hat diese Organisation zu einem wichtigen Faktor in der freien Wohlfahrtspflege gemacht

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Präsidentin des Arbeiter-Samariter-Bundes

Heute, am 9. Mai 1988, feiert der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), Martin Ehmer, seinen 50. Geburtstag. Er steht an der Spitze einer Organisation, die durch die Einschnitte im sozialen Netz vor immer neuen Aufgaben gestellt wird.

Der ASB wird in diesem Jahr 100 Jahre alt und kann auf eine lange und sehr erfolgreiche Unterstützung aller in der Gesellschaft benachteiligten Gruppen verweisen. Martin Ehmer hat dazu beigetragen, daß das, was vor 100 Jahren mit einem Aufruf von sechs Berliner Zimmerleuten begann - darin wurden die Arbeiter dazu aufgefordert, selbst zu lernen, bei Betriebsunfällen ihrer Kollegen Erste Hilfe zu leisten - auch heute noch wichtige soziale Aufgaben erfüllt. Seit Martin Ehmer im Jahre 1979 den Vorsitz des ASB übernahm, hat sich die Mitgliederzahl von damals 100.000 auf nunmehr 657.000 erhöht. Der ASB stellt heute eine der größten Organisationen in der freien Wohlfahrtspflege dar.

Martin Ehmer hat sich auch in herausragender Weise um den Ausbau der sozialen Dienste bemüht, insbesondere im Zusammenhang der ambulanten und stationären Fürsorge. Aber der ASB unterhält nicht nur einen Fahrdienst für Behinderte, gestaltet Seniorenfreizeiten, verteilt Essen auf Rädern oder leistet Einkaufs-, Haus- und Reinigungsdienste, er schaltet sich auch in die Bewältigung neuer sozialpolitischer und humanitärer Probleme mit ein. Es ist das Verdienst von Martin Ehmer, daß auch der Zivil- und Katastrophenschutz wieder neue öffentliche Beachtung findet. Nicht erst seit der Katastrophe von Tschernobyl ist klar geworden, daß um zukünftige Schadensfälle besser bewältigen zu können, die Verantwortlichen von Bund, Ländern und Gemeinden zu neuen Wegen der Zusammenarbeit finden müssen.

In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, noch mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger für den Sanitäts- und Betreuungsdienst auszubilden. Martin Ehmer tritt seit langem öffentlich dafür ein, daß für diese personelle Verstärkung auch neue Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Wenn jedoch die Kosteneinsparung im Gesundheitswesen auch den Rettungsdienst, der bis heute nur mit 1,4 Prozent an den Gesamtkosten beteiligt ist, in großem Umfang betrifft, - geplant wird eine Reduktion um etwa 50 Prozent - dann ist absehbar, daß die Hilfsfristen bei Notfällen sich erheblich verlängern werden. Martin Ehmer hat schon seit langem darauf hingewiesen, daß derartige Sparmaßnahmen am falschen Punkt ansetzen. Dafür und für alle seine Verdienste sprechen wir ihm unseren Dank aus und gratulieren ihm sehr herzlich zu seinem Geburtstag.

(-/9.5.1988/vo-he/rs)

* * *